TIROLER GEMEINDEZEITUNG

OFFIZIELLE ZEITSCHRIFT DES TIROLER GEMEINDEVERBANDES

Ausgabe 3/4 2011

Besuchen Sie uns auch im Internet!
www.gemeindeverband.tirol.gv.at
Telefon: 0512/587130
Anschrift:
Adamgasse 7a
6020 Innsbruck

„Sponsoring Post"
Verlagspostamt
6020 Innsbruck
GZ 02Z030434 S

Aus dem Inhalt

- Die Meinung des Präsidenten 2/3
- Einigung über Finanzierung der Pflege 4/5
- Gemeinden werden betrogen 6/7
- Gemeindeskicup 2011 10
- Die gesunde Gemeinde 12/13
- Individuelle Konzepte für Radverkehr 16
- Hilfsprojekt „Hefte helfen" 19

ADRESSE:

Die Meinung des Präsidenten

Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, geschätzte Leser

„In der Wahrnehmung geht leider unter, dass im Bereich der Pflegefinanzierung Mitte März dieses Jahres aus kommunaler Sicht ein toller Erfolg erzielt wurde."

„Das Thema Agrargemeinschaften ist in vielen Gemeinden nicht nur relevant, sondern brennt regelrecht unter den Nägeln."

Gegenwärtig ist die Energie im Tiroler Gemeindeverband stark an die Abarbeitung des Themas Gemeindegutsagrargemeinschaften gebunden. Dabei geht in der Wahrnehmung leider unter, dass im Bereich der Pflegefinanzierung Mitte März dieses Jahres aus kommunaler Sicht ein toller Erfolg erzielt wurde. Der Anstieg der Pflegekosten belastet seit Jahren vorwiegend die Gemeinden und Länder. Der Österreichische Gemeindebund hat seine Zustimmung zum Stabilitätspakt von einer Einigung über eine neue Pflegefinanzierung abhängig gemacht und mit seiner konsequenten Haltung (schon 2003 wurde die „Pflegefinanzierung" thematisiert) erreicht, dass der neue Pflegefonds mit insgesamt 685 Millionen Euro bis ins Jahr 2014 dotiert wird.

Schlüssel nach Finanzausgleich

Die Kosten dafür werden nach dem Schlüssel des Finanzausgleichs verteilt, sodass der Bund zwei Drittel, Länder und Gemeinden (diese 11%) zusammen ein Drittel aufbringen müssen. Für das Jahr 2011 stehen somit zusätzliche 100 Millionen Euro zur Verfügung, 2012 150 Millionen, 2013 200 Millionen und 2014 schließlich 235 Millionen Euro. Damit sollen die steigenden Pflegekosten abgefangen werden, die Mittel des Fonds sind auch entsprechend zweckgewidmet. Unser Landeshauptmann Günther Platter und der Finanzlandesrat Christian Switak haben sich angesichts der angespannten Gemeindebudgets bereit erklärt, die für die Tiroler Gemeinden bis 2014 anfallenden ca. € 20 Millionen durch einen teilweisen Verzicht auf den Landesanteil auf ca. € 40 Millionen zu verdoppeln. Vergelt´s Gott dafür. Wichtig ist auch, dass sich alle Akteure (Bund, Länder, Österreichischer Gemeindebund) darauf verständigt haben, sofort eine Arbeitsgruppe zu installieren, die sich mit der langfristigen Pflegefinanzierung nach 2014 befasst. In Tirol arbeitet eine solche bereits unter Federführung von Landeamtsdirektorstellvertreter Dr. Dietmar Schennach. Der Tiroler Gemeindeverband sitzt auch mit am Tisch.

Dass wir bemüht sind, mit der Ärztekammer ein Tarifmodell für das Einschreiten (Totenbeschau, Sachverständigentätigkeit) der Sprengelärzte zu entwickeln, muss ich deswegen erwähnen, weil wir mit der Ärztekammer nicht dem Grunde nach, sondern bezüglich der Tarifhöhe uneins sind. Die Sache wird vom Gemeindeverband mit der notwendigen Ernsthaftigkeit verhandelt, aber auch hier haben sich Dinge geändert. Eine nächste Verhandlungsrunde ist in der Karwoche angesetzt. Über Ergebnisse werden wir natürlich informieren.

Geändert hat sich durch höchstgerichtliche Erkenntnisse auch die Sichtweise zu den Gemeindegutsagrargemeinschaften. Die Agrargemeinschaften waren angehalten, bis zum 31.03.2011 die Jahresrechnungen 2010 vorzulegen. Die dem Gemeindeverband aus etlichen Gemeinden zugegangenen Entwürfe haben gezeigt, dass Informationen für Bürgermeister und Gemeindemandatare zu den Rechnungsabschlüssen 2010 der Gemeindegutsagrargemeinschaften notwendig sind. Der Gemeindeverband hat daher kurzfristig zu Bürgermeisterkonferenzen in den Bezirken geladen. Obwohl kurzfristigst und zu ungünstigen Tageszeiten einberufen, war die Teilnahme beachtlich und unterstreicht, dass das Thema in sehr vielen Gemeinden nicht nur relevant ist, sondern unter den Nägeln brennt.

Im Widerspruch zu den Gesetzen

Bemerkenswert ist, dass aus der Agrarbehörde Richtlinien und Handlungsanleitungen ergangen sind, die in offenkundigem Widerspruch zum Tiroler Flurverfassungslandesgesetz, zur Tiroler Gemeindeordnung und zu den einschlägigen VfGH-Erkenntnissen aus 1982, 2008, 2010 und 2011 stehen. Der VfGH formuliert

im jüngsten Erkenntnis zu Mieders vom 28.02.2011 fünfmal (Randziffern 29, 30, 31, 43, 47), dass der Substanzwert (dazu zählt - entgegen der Behördenauffassung - auch der über die Nutzungsrechte hinausgehende Holzeinschlag) „ausschließlich" der Gemeinde gehört. Da ist kein Platz für Vereinbarungen und Amtssachverständigengutachten. Die Behörde hat hier eine Schlagseite. Kleines Beispiel aus einem reichhaltigen Fundus: Laut dem mit Amtstinte geschriebenen „Modell zur Aufteilung von Erträgen aus Bestandsverträgen auf land- und almwirtschaftlich genutzten Flächen zwischen Agrargemeinschaft und Gemeinde" wäre die jährliche Überweisung einer Schiliftgesellschaft für das Überfahren von Grundstücken zu 79% der Agrargemeinschaft und - man staune - zu 21% der Gemeinde, also dem Rechnungskreis II zuzurechnen, obwohl die Nutzungsrechte nicht geschmälert werden. Das Beispiel ist deswegen konkret, weil es ein Behördenmitarbeiter einem Agrargemeinschaftskassier vorgerechnet, und dieser wiederum selbstbewusst und stolz wie Oskar bei mir vorgesprochen hat. Es gibt dann auch noch ein (überflüssiges, weil im VfGH-Erkenntnis 1982 alles schon klargestellt wurde) behördliches „Modell zur Ermittlung des land- und forstwirtschaftlichen Anteils am Jagderlös". Im amtlichen Formblatt wird übrigens das Jahresergebnis 2009 (und ein positives Jahresergebnis kann nur aus Substanzerträgen stammen) glasklar falsch dem Rechnungskreis I zugeordnet. Wenn hier eine Gemeindeunterschrift mit Siegel gesetzt wird, dann ist dieses Geld für die Gemeinde verloren. Die Vergangenheit wird gänzlich verschwiegen, obwohl der VfGH zu Langkampfen (Dezember 2010) sagt, dass die Vermögensauseinandersetzung zur Vergangenheit statt zu finden hat.

Foto: C. Walch

Mandatare sind verunsichert

Dass der Tiroler Gemeindeverband von solchen behördlichen Handlungsanleitungen, die zum Teil vom März 2010 stammen, nur durch Zufall erfährt, wird man wohl nicht in die Kategorie der vertrauensbildenden Maßnahmen einordnen wollen. Vor diesem Hintergrund sind die Gemeindemandatare verständlicherweise verunsichert (und vielfach sauer), weil sie grundsätzlich davon ausgehen, dass die Behörden unter Anleitung der Landesregierung nach den Bestimmungen der Gesetze die Verwaltung zu erledigen haben (Art. 20 B-VG). Bei unseren Bezirkskonferenzen wurde keinerlei sektiererische Botschaft unters Volk gebracht, sondern lediglich eingefordert, dass sich alle Akteure bis hinauf zu den höchsten politischen Würdenträgern an die Gesetze und die Judikatur der Höchstgerichte halten. Das sollte in einer gereiften Demokratie kein überzogenes Verlangen sein

Ich habe Ende Jänner dieses Jahres gefordert, dass die gewählten Gemeindeorgane (Bürgermeister, Vorstand und Gemeinderat) das Gemeindegut verwalten müssen. Die jetztige Form der treuhänderischen Verwaltung des Gemeindegutes durch die Agrargemeinschaften funktioniert nicht. Die Erfahrungen im Zusammenhang mit den Rechnungsabschlüssen 2010 haben mich in dieser Ansicht bestärkt. Die sauberste Lösung ist die Rückübertragung des Eigentums an die Gemeinden. Dieser vollständigen Restitution hat die Rechtanwaltskammer schon im November 2006 das Wort geredet. Einen „offenkundig verfassungswidrigen" Vorgang (so der VfGH zu den Eigentumsübertragungen im Zuge der Regulierungen) zu korrigieren, ist sicher im Einklang mit der Verfassung, meint

Euer
Ernst Schöpf

„Es wurden keinerlei sektiererische Botschaft unters Volks gebracht, sondern lediglich eingefordert, dass sich alle Akteure bis hinauf zu den höchsten politischen Würdenträgern an die Gesetze und die Judikatur der Höchstgerichte halten."

Geschafft! Einigung über die Finanzierung der Pflege erzielt

Ein enorm wichtiger Etappensieg ist dem Österreichischen Gemeindebund gelungen. Nach fast zehn Jahren des ständigen Mahnens, des Druck machens und vieler, vieler Gespräche und Verhandlungsrunden konnte eine Einigung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden über die künftige Pflegefinanzierung erzielt werden.

. Wie manche vielleicht wissen, hat der Gemeindebund die Unterschrift unter den Stabilitätspakt von einer solchen Einigung abhängig gemacht. Es war schlicht und einfach nicht mehr akzeptabel, dass die Gemeinden die Hauptlast der Pflegefinanzierung tragen müssen.

Es war schlicht und einfach nicht mehr akzeptabel, dass die Gemeinden die Hauptlast der Pflegefinanzierung tragen müssen.

Faire Verteilung der Finanzlasten

Nun haben wir ein ausgezeichnetes Ergebnis für die Gemeinden erzielt. Die künftig auch weiterhin stark ansteigenden Kosten für die Pflege werden von Bund, Ländern und Gemeinden in einer fairen Verteilung der Lasten übernommen werden. Dabei wird jede Gebietskörperschaft jenen Anteil an der Steigerung übernehmen, nach dem auch der Finanzausgleich geregelt ist. Konkret bedeutet dies: Es wird ein Pflegefonds eingerichtet, der bis ins Jahr 2014 mit insgesamt 685 Millionen Euro dotiert wird. Über diesen Fonds sollen die künftigen Kostensteigerungen im Pflegebereich abgedeckt werden. Zwei Drittel dieser Summe stellt der Bund dafür an „frischem Geld“ bereit. Der Anteil der Gemeinden beträgt 11,7 Prozent, also rund 70 Millionen Euro. Der gesamte Betrag wird aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert.

Für das Jahr 2011 stehen

100 Millionen Euro mehr im Jahr 2011

damit zusätzliche 100 Millionen Euro zur Verfügung, für 2012 150 Millionen Euro, 2013 200 Mio. Euro und 2014 schließlich 235 Millionen Euro. Damit sollen die steigenden Kosten in der Pflege abgefangen werden, die Mittel sind natürlich auch entsprechend zweckgewidmet.

Im Gegenzug verpflichten sich die Gemeinden im Rahmen des Stabilitätspaktes zu bundesländerweise ausgeglichenen Haushalten. Das wird weiterhin eine gewaltige Herausforderung sein, die sicherlich die Hebung einiger Einsparpotentiale erfordern wird, zumindest werden die Gemeinden aber von den explodierenden Pflegekosten deutlich entlastet. Im übrigen waren die Gemeinden - das Jahr 2009 ausgenommen - auch die einzigen Gebietskörperschaften, die ihre Maastricht-Ziele in jedem Jahr auf Punkt und Beistrich erfüllt haben. Wir werden

Gemeindebundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer spricht von einem wichtigen Etappensieg.

also das Nulldefizit in den Gemeindehaushalten auch schaffen, davon sind wir überzeugt. Im Rahmen der nun geführten Verhandlungen wurde auch vereinbart, die Laufzeit des bestehenden Finanzausgleiches um ein Jahr zu verlängern, der Finanzausgleich wird also bis Ende des Jahres 2014 gelten und zeitgerecht neu verhandelt werden.

Für die politische Arbeit in Österreich war diese Einigung auch ein wichtiges Signal dahingehend, dass Bund, Länder und Gemeinde gemeinsam dazu imstande sind, wichtige Reformvorhaben zu beschließen und umzusetzen. Ausdrücklicher Dank geht an dieser Stelle an die Chefverhandler der Bundesregierung, Finanzminister Josef Pröll und Sozialminister Rudolf Hundstorfer, sowie an den derzeitigen Vorsitzenden der LH-Konferenz Josef Pühringer. Der Weg zu dieser Einigung war für niemanden leicht und hat zäher Verhandlungen bedurft.

Selbstverständlich stehen die Gemeinden auch weiterhin vor gewaltigen Herausforderungen. Es sind noch nicht alle Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise bewältigt, aber wir können heute sagen, dass es zumindest einen Silberstreif am Horizont gibt. Die Konjunktur läuft besser als erwartet, damit steigen auch die Ertragsanteile der Gemeinden wieder. Mit Jahresbeginn wurde die zweite Tranche des aktuellen Finanzausgleichs wirksam, die den kleineren Gemeinden zusätzliche 100 Mio. Euro bringt. Die neue Pflegefinanzierung ist ein weiterer Baustein der Entlastung für die Kommunen.

Ein Silberstreif am Horizont

Insgesamt sind wir davon überzeugt, dass es nun mit den Gemeindefinanzen langsam wieder aufwärts gehen kann, sofern Bund, Länder und Gemeinden tatsächlich einen gegenseitigen Belastungsstopp leben.

Der Weg zur Einigung war für keine der beteiligten Parteien leicht und hat zäher Verhandlungen bedurft.

Wir suchen Grundstücke

Als gemeinnütziger Wohnbauträger wurden bereits in über 100 Gemeinden Tirols attraktive Wohnanlagen und Reihenhäuser errichtet. Für künftige Wohnobjekte suchen wir Baugrundstücke ab 1.500 m² in guter, innerörtlicher Wohnlage.

Rufen Sie uns einfach an – wir informieren Sie gerne!
Mag. Ing. Christian Nigg, Tel. 0512 53 93-702 oder 0664 262 29 23,
nigg@we-tirol.at

www.we-tirol.at

wohnungs EIGENTUM
hier bin ich daheim.

Gemeinden werden betrogen

Rechtslage eindeutig: Überling gehört zum Substanzwert

„Der Überling, das ist der über die bestehenden Nutzungsrechte hinausgehende Holzeinschlag steht als Substanzertrag ausschließlich der Gemeinde zu. Die Agrargemeinschaftsmitglieder haben nur Anspruch auf Deckung ihres alt hergebrachten Haus- und Gutsbedarfes.“

„Die Mustergutachten der Sachverständigen des Amtes der Tiroler Landesregierung waren laut Rechnungshofbericht nicht nachzuvollziehen.“

Mit den nun den Gemeinden zur Genehmigung beziehungsweise Unterfertigung vorgelegten Rechnungsabschlüssen werden die Kommunen weiterhin um ihren gerechtfertigten Substanzwerterlös betrogen, indem der sogenannte Überling trotz klarer Aussagen in den VfGH-Erkenntnissen nach wie vor nicht zum Substanzwert gezählt wird und Aufwendungen, die auf die Mitglieder umgelegt gehören zur Gänze zu Lasten des Gemeindeanteils verbucht werden. In rund der Hälfte der vom Rechnungshof überprüften Fälle zahlten die Mitglieder keine Beiträge in die Agrargemeinschaft ein.

Zum Teil ist eine Zuordnung der in den Rechnungsabschlüssen aufscheinenden Einnahmen vorerst gar nicht möglich, die Gemeinden müssen jeden Zettel, jeden Beleg und jede Buchung prüfen, das ist leider der traurige Befund.

Zu prüfen sein wird auch, ob Verfahrenskosten der Agrargemeinschaften, Mitgliedsbeiträge an die Plattform Agrar oder „Forschungsbeiträge“ wie sie genannt werden, widerrechtlich aus den Substanzerträgnissen bzw. aus den Rücklagen bezahlt wurden. Diese Aufwände sind von den einzelnen Mitgliedern selbst zu bezahlen.

Als Beispiel, dass nicht übertrieben wird, kann die Gemeindegutsagrargemeinschaft Tanzalpe genannt werden, wo von den jährlichen Pachteinnahmen für das Restaurant von rd. 83.000,- Euro im Jahr 2010 lediglich 140 Euro für die Gemeinde im Rechnungskreis II gebucht wurden.

Bei einer anderen Gemeindegutsagrargemeinschaft werden zum Beispiel die Verluste, die der Agrargemeinschaft zugerechnet gehören bzw. von den Mitgliedern über Umlagen bezahlt gehören vom Substanzerlös der Gemeinde in Abzug gebracht. Es gibt keine Querfinanzierung aus dem Substanzanteil der Gemeinde an ihrem Gemeindegut. Jagdpacht ist ebenfalls Substanzerlös und gehört der Gemeinde.

Jene den Agrargemeinschaften in der Vergangenheit zugeflossenen Einnahmen, die weder zur Deckung von Auslagen verwendet noch entnommen wurden, bilden die Rücklage. Im amtlichen Formular werden die gesamten Rücklagen und „Endebestand des Vorjahres“ in den Rechnungskreis I transferiert und somit automatisch der Land- und Forstwirtschaft zugrechnet, womit Einnahmen und Erträge aus der Vergangenheit für die Gemeinde verloren sind. Tendenziell nehmen die Rücklagen in den letzten zwei Jahren rapide ab. Eine Überprüfung der Rücklagen und deren Entwicklung sowie deren Verbuchung ist unbedingt notwendig, damit die Gemeinde ihre Ansprüche auch für die Vergangenheit wahrnehmen kann. Dass generell eine Rücklage in der Höhe eines Jahresaufwandes der Agrargemeinschaft unbedingt verbleiben muss, ist ebenfalls reine Willkür der Agrarbehörde und wurde auch vom Rechnungshof kritisiert.

Bei den Voranschlägen geht es um die Frage, ob die Organe der Agrargemeinschaften nicht Geld verplanen, über das ausschließlich die Gemeinde alleine zu verfügen berechtigt ist. Es ist zu prüfen, ob Investitionen in nicht land- und forstwirtschaftliche Einrichtungen geplant sind und ob auf Beiträge der Agrargemeinschaftsmitglieder verzichtet wird.

Die Agrarbehörde verkennt nach wie vor das VfGH-Erkenntnis aus dem Jahr 2008 und auch jenes aus dem Jahr 1982. Beide besagen klar: Substanzwert ist jener Wert, der nach Abzug der Belastungen durch die land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte verbleibt.

Mustergutachten der Sachverständigen des Amtes der Tiroler Landesregierung waren laut Rechnungshofbericht nicht nachzuvollziehen und führten zum Ergebnis, das Gemeinden gegenüber den Agrargemeinschaften benachteiligt wurden. Auch Musterformulare für die Rechnungskreise führen zum Ergebnis, dass Vermögensrechte der Gemeinden vernichtet werden.

Die Gemeinden in Tirol haben Anspruch auf den Substanzwert aus Gemeindegrundstücken, die früher verfassungswidrig an Agrargemeinschaften übertragen worden waren. Das stellte der VfGH bereits 1982 in seinem damaligen Erkenntnis fest. Das Land Tirol beziehungsweise die Agrarbehörde setzten dieses Erkenntnis damals nicht um und tun dies auch heute noch nicht, obwohl der VfGH sein Erkenntnis von 1982 in Mieders 2008 und 2011 bekräftigte.

Der VfGH hat in seinem Erkenntnis von 2008 klar und deutlich gesagt, dass eine Änderung nur dann, aber auch immer dann stattzufinden hat, wenn sich die erfolgte Regulierung für die Ausübung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte unzweckmäßig erweist oder die für die Nutzungsverhältnisse maßgeblich gewesenen Umstände geändert haben.

Eine solche Änderung kommt bei verfassungskonformer Auslegung der nunmehrigen Rechtslage in Betracht. Das für das Gemeindegut wesentliche Substanzrecht der Gemeinde muss als (möglicherweise im Ausmaß wechselnder) Anteil an der Agrargemeinschaft zur Geltung gebracht werden können.

Dass sich seit den Regulierungen in den 60er Jahren die für die Anteilsverhältnisse maßgeblichen Umstände geändert haben, ist angesichts der zahlreichen Veränderungen der Substanz und Ausweitung der Nutzungen seit dem Jahr 1984 (Novellierung des des TFLG im Gefolge des Erkenntnisses VfSlg. 9336/1982) nicht zweifelhaft.

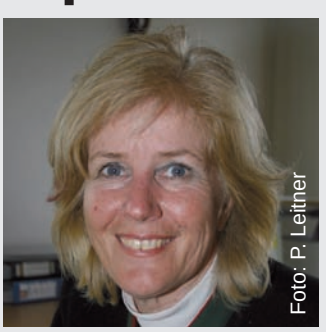
Die Agrarbehörde beschäftigt sich nun schon seit zwei Jahren mit unnotwendigen Feststellungsverfahren anstatt die Änderung der Verhältnisse von Amts wegen aufzugreifen, wozu sie von Verfassung wegen verpflichtet ist.

Es ist einfach kühn, wenn die entsprechenden Landesbehörden immer wieder behaupten, dass sie an der Umsetzung des VfGH- Erkenntnises 2008 arbeiten und alles tun, dass die Gemeinden zu ihrem Recht kommen.

„Das Land Tirol beziehungsweise die Agrarbehörde setzen die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes nach wie vor nicht um.“

„Zu viel Interpretationsspielraum im Gesetz“

Mit gleich vier Agrargemeinschaften muss sich die Lermooser Bürgermeisterin Maria Zwölfer auseinander setzen. Alles andere als eine einfache Angelegenheit, zumal es ihrer Ansicht nach im Flurverfassungsgesetz zu viel Interpretationsspielraum gibt.



Bgm. Maria Zwölfer aus Lermoos.

TG: Die Situation um die Agrargemeinschaften spitzt sich auch in Lermoos immer mehr zu. Wie ist die aktuelle Situation?

Zwölfer: Die Agrargemeinschaften Untergarten, Obergarten, Schober-Häselgör und Lermoos teilen das Vermögen zu ihren Gunsten auf. Von meiner Seite gibt‘s derzeit keine Unterschrift unter den Rechnungsabschluss. Als Bürgermeisterin habe ich die Interessen der Gemeinde zu wahren. Würde mich sonst in die Nähe des Amtsmissbrauchs bringen.

TG: Die Agrarier werfen den Gemeinden Enteignung der Mitglieder vor.

Zwölfer: Solche Aussagen werden von der Plattform Agrar, deren Handlungsweise intensiv zu hinterfragen ist, bewusst getätigt. Diese so genannte Standesvertretung wirkt eskalierend auf die ganze Thematik.

TG: Sie sind aber auch mit dem vorliegenden Flurverfassungsgesetz nicht zufrieden.

Zwölfer: Ein Gesetz muss eindeutige Regeln festlegen. Wir als Gemeindevertreter bauchen klare Vorgaben. Interpretationsspielräume haben in einem Gesetz hingegen nichts verloren. Mir ist es zu wenig, wenn es im Land heißt: Hier sind die Rahmenbedingungen, nun sollen Gemeinden und Agrargemeinschaften verhandeln.

TG: Es scheint so, dass in der Sache seit Monaten gar nichts weiter geht.

Zwölfer: Die einzigen, die bis dato von diesem Streitthema profitieren, sind die Rechtsanwälte. Ich glaube aber auch nicht, dass es im Sinne der Agrarier sein kann, wenn sie Geld verprozessieren.

TG: Ist durch das Thema der Dorffrieden gefährdet?

Zwölfer: Leider ja. Und zwar massiv. Dabei kritisieren wir von unserer Seite nicht den Bauernstand an sich, der für das gesamte Land Tirol eine enorme Bedeutung hat. Und es geht auch nicht darum, wie von der Plattform Agrar behauptet, den Bauern etwas weg zu nehmen.

58 2011
Österreichischer GEMEINDETAG Kitzbühel

Vielen Dank an unsere Sponsoren

A1 Telekom Austria
BIG Bundes Immobilien Gesellschaft
Raiffeisen Meine Bank
Post
UNIQA
KOMMUNAL KREDIT

Die Alterspyramide kippt – und unsere Gemeinden mit?

9./10. Juni 2011

Programm :

Donnerstag, 9. Juni 2011
9.00 Uhr: Eintreffen der Teilnehmer des 58. Österreichischen Gemeindetages.
Für die angemeldeten Gäste werden die Tagungsmappen und das Gastgeschenk direkt auf die Zimmer gebracht. Jene, die nicht übernachten, können die Tagungsunterlagen ab 9.00 Uhr am Infopoint im Mercedes -Benz Sportpark abholen.

11.30 Uhr: Eröffnung am Stadtplatz
Bgm. Helmut MÖDLHAMMER
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)
Bgm. Mag. Ernst SCHÖPF
(Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes)
Dr. Klaus WINKLER
(Bürgermeister der Stadt Kitzbühel)

14.00 – ca. 16.00 Uhr: Fachtagung „Freiwilligenarbeit und Pflege“
Impulsreferat von BM Rudolf HUNDSTORFER

14.00 – 17.00: Programm für Begleitpersonen
Fahrt auf den Hahnenkamm und Besichtigung der Streif
Fahrt auf das Kitzbühler Horn oder Stadtführung

19.00 – 23.00 Uhr: Tiroler Unterhaltungsabend im Mercedes Benz Sportpark

Freitag, 10. Juni 2011
9.00 Uhr: Platzkonzert der Stadtmusik Kitzbühel vor dem Mercedes-Benz Sportpark und landesüblicher Empfang des Herrn Bundespräsidenten.

9.30 Uhr: ***HAUPTTAGUNG***
Begrüßung und Eröffnung
Bgm. Helmut MÖDLHAMMER
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Grußadressen
Dr. Klaus WINKLER
(Bürgermeister der Stadt Kitzbühel)
Günther PLATTER
(Landeshauptmann von Tirol)
Vertreter der Europäischen Gemeindeorganisationen
Dr. Heinz FISCHER
(Bundespräsident der Republik Österreich)

Hauptreferat
Werner FAYMANN
(Bundeskanzler der Republik Österreich)

Ehrungen
Schlussansprache
Bgm. Helmut MÖDLHAMMER
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

PROCONTRACTING

Ein Service der
Innsbrucker Kommunalbetriebe AG

Werberaum.at

Innovative Gemeinden denken in Generationen und schonen dabei auch noch das Budget.

Energie können Sie jetzt auch leasen. Einfach und sicher. Mit ProContracting.

Das Contracting-Prinzip ist dem beliebten Leasing sehr ähnlich: es beinhaltet Planung, Finanzierung, Errichtung und laufenden Betrieb von Heizungs- und Kälteanlagen. Zu günstigen monatlichen Preisen. Die Vorteile für Gemeinden? Keine Anfangsinvestitionen, ein perfekter Service mit 24h-Hotline und bis zu 1/3 weniger Energiekosten. Dies ermöglicht energie- und umweltpolitische Vorbildwirkung bei gleichzeitig effizientem Einsatz von Steuermitteln. Profitieren auch Sie mit der Zukunft der Energie in Ihrer Gemeinde. **Service-Hotline 0800 500 502**

Wir beraten Sie gerne.
www.ProContracting.at

Impressionen von der Piste

In See im Paznauntal fand der Gemeindeskicup 2011 statt

Auf der Medrigalm in See im Paznauntal wurde am 26. März der diesjährige Gemeindeskicup ausgetragen, zu dem sich nicht weniger als 125 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus dem gesamten Land gemeldet hatten. Insgesamt war es bereits die 37. Auflage dieser Veranstaltung, bei der neben der sportlichen Betätigung vor allem auch der kameradschaftliche Aspekt eine wichtige Rolle spielt.

Präsident Ernst Schöpf mit Alt-Bgm. Erwin Cimarolli aus Ischgl (ältester Teilnehmer) und LA Toni Mattle.

Fotos: C. Walch

Anton Hoflacher aus Kundl zeigte auf der Piste in See im Paznauntal unbändigen Einsatz.

Gezeichnet: Markus Bacher aus Mayrhofen.

Geschafft! Martin Wacker aus Heiterwang.

Sichtlich verbissen kämpfte Markus Huter aus Schattwald um Hundertstelsekunden.

Ergebnisse aus See

Damen-Altersklasse: 1. Martina Grissemann (Tobadill), 2. Claudia Walch (Häselgehr), 3. Marion Wex (Buch). **Damen-Bgm.:** 1. Andrea Lechleitner (Wenns). **Ehrengäste:** 1. LA Gottfried Kapferer (Fulpmes), 2. LA Anton Mattle (Galtür). **Altbürgermeister:** 1. Alois Kolp (Pians). **Herren-Bgm. B:** 1. Konrad Walk (Hochfilzen), 2. Markus Huter (Schattwald), 3. Hubert Zangerl (See). **Herren-Bgm. A:** 1. Andreas Pranger (Gschnitz), 2. Christoph Kramer (Heiterwang), 3. Andreas Pfurner (Nussdorf-Debant). **Herren-AK IV b:** 1. Josef Strasser (Birgitz), 2. Erwin Cimarolli (Ischgl). **Herren-AK IV a:** 1. Erich Schaffereich (Pfons), 2. Roman Zangerl (Strengen). **Herren-AK III b:** 1. Franz Eberharter (Innsbruck), 2. Karl Schöpf (Roppen), 3. Johann Grüner (Sölden). **Herren-AK III a:** 1. Alois Schneider (Alpbach), 2. Hannes Mayr (Kramsach), 3. Christian File (Fliess). **Herren-AK II b:** 1. Othmar Knödl (Kramsach), 2. Manfred Lechner (Buch), 3. Walter Schneider (Kramsach). **Herren-AK II a:** 1. Thomas Matt (See), 2. Elmar Haid (St. Leonhard), 3. Hannes Lindner (Alpbach). **Herren-AK I b:** 1. Bernhard Falkner (Obsteig), 2. Franz Maaß (Kaunerberg), 3. Roland Burger (See). **Herren-AK I a:** 1. Andreas Grünauer (Kaunerberg), 2. Alois Maier (Alpbach), 3. Bernhard Selb (Heiterwang). **Herren-Allgemeine:** 1. Simon Schwendinger (Fiss), 2. Bernhard Gamper (Sölden), 3. Walter Seiwald (See).

Mannschaftswertung: 1. Alpbach (Hannes Lindner, Alois Schneider, Alois Maier), 2. See I (Thomas Matt, Hubert Zangerl, Stefan Juen), 3. Kramsach (Othmar Knödl, Hannes Mayr, Walter Schneider), 4. Heiterwang (Bernhard Selb, Christoph Kramer, Martin Wacker), 5. See II (Walter Seiwald, Roland Burger, Michael Zangerl), 6. Mayrhofen (Markus Bacher, Markus Freund, Hansörg Geisler), 7. Prutz (Georg Kneringer, Heinz Kofler, Philipp Hofer), 8. Obsteig (Bernhard Falkner, Hansjörg Ennemoser, Simon Wilhelm).

Raiffeisen garantiert Lösungen für die Zukunft Ihrer Gemeinde

Die Zukunft bringt für die Tiroler Gemeinden viele Herausforderungen, zum Beispiel Kostensicherheit bei Gemeindeprojekten oder Einhaltung von Kostenrahmen bei allen Vorhaben. Diese vielfältigen Aufgaben lassen sich mit genau abgestimmten, lösungsorientierten Strategien, entsprechenden Finanzprodukten und einem guten Partner meistern.

Keine Gemeinde bleibt allein. Die Tiroler Raiffeisenbanken sind seit Jahrzehnten verlässliche Partner und bieten neben umfassendem Service auch Lösungen für Managementaufgaben.

Gemeinden profitieren vom soliden, regionalen Geschäftsmodell und dem weltweiten Netzwerk der Tiroler Raiffeisenbanken – von Finanzierungen mit Zinsabsicherung bis zur ertragreichen und sicheren Geldanlage.

Das Dienstleistungsangebot umfasst jedoch noch viel mehr: Die Raiffeisen Kommunal-Betreuung Tirol offeriert in ihrer umfangreichen Angebotspalette Ausgliederungsmodelle, Baulandreservenmodelle, EEBS (Energieeffizientes Bauen und Sanieren), Betreibermodelle (PPP) und Bädermodelle.

Alle Modelle garantieren

- Professionelles Management
- Umfassende Dienstleistungen über den Finanzierungsbereich hinaus (Immobilienbewirtschaftung, Baumanagement, Geschäftsführung von Auslagerungsgesellschaften …)
- Garantierte Kosten für Anschaffung und Betrieb
- Nutzung von steuerlichen Vorteilen
- Minimierung der Haushaltsbelastung
- Nachhaltige Konzeption
- Regionale Verankerung
- Stärkung der regionalen Wertschöpfung

Raiffeisen beim Gemeindetag

Raiffeisen Kommunalservice unterstützt den Österreichischen Gemeindetag in Kitzbühel und bietet den Bürgermeistern viele nützliche Informationen.

Darüber hinaus warten weitere Überraschungen auf die Besucher:

➪ Raiffeisen Fotostation (Fotos mit Aufdruck von Ort und Datum)

➪ Sicherheitswesten (verwendbar fürs Auto, Jogging oder Wandern) gegen Vorlage des Gutscheins im Tagungspackage an den Ständen im Kongresszentrum

➪ Zaunerstollen am Donnerstagnachmittag (09. Juni) beim Gedankenaustausch im Kongresszentrum

➪ Kaffee und Gebäck am Raiffeisenstand im Sportpark am Freitag (10. Juni)

Das arl.rock, das Sportzentrum in St. Anton a. A., wurde als erstes Kommunalgebäude Tirols über „EEBS“ von Raiffeisen finanziert und errichtet. Im Zuge der Sanierung und des Ausbaus der Hauptschule hat sich St. Anton erneut für „EEBS“ entschieden. Im Bild v. l. Dir. Josef Chodakowsky, Geschäftsleiter der RB St. Anton, Bgm. Helmut Mall sowie Mag. Heinrich Kranebitter, Raiffeisen Kommunal-Betreuung Tirol.

Mag. Heinrich Kranebitter
Raiffeisen Kommunal-Betreuung Tirol

„Raiffeisen garantiert partnerschaftliche Lösungen für die Zukunft Ihrer Region!“

Er ist für Sie bei allen Anfragen bzw. für Terminvereinbarungen erreichbar unter Telefon 0512 5305 DW 11235 bzw. mobil unter 0664 855 26 57 bzw. per E-Mail unter heinrich.kranebitter@rlb-tirol.at

Die gesunde Gemeinde

Strategien für den gesunden Arbeitsplatz und Lebensraum

Das Team von „Die Beraterinnen" in Innsbruck, von links: Claudia Muigg, Claudia Schrettl und Gabriele Adelsberger.

Gesunde und motivierte Gemeindebedienstete als starke Vorbilder für die ganze Gemeindebevölkerung. Wer wünscht sich das nicht?

Im Osten Österreichs, insbesondere in Nieder- und Oberösterreich, gibt es bereits seit einigen Jahren zahlreiche, sehr erfolgreiche Initiativen und Projekte, die sich mit der Gesundheitsförderung der Gemeindebediensteten und auch der Bewusstseinsbildung zum Thema Gesundheit für alle Bürgerinnen und Bürger auseinandersetzen.

In Kärnten sind beispielsweise schon knapp zwei Drittel aller Städte und Gemeinden „Gesunde Gemeinden". Hierbei wird stark auf die Vernetzung mit dem ansässigen Kindergarten, Schule, Seniorenheim und Sportvereinen geachtet, um eine aktive und nachhaltige Gesundheitsförderung und Gesundheitsbewusstseinsbildung in den unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen zu erzielen.

In den Tiroler Gemeinden schlummert dieses enorme Potential noch sanft und ruhig. Ein Schatz, der noch darauf wartet von einer innovativen Tiroler Gemeinde gehoben zu werden.

Der erste Schritt in Richtung gesunde Gemeinde liegt in der „internen" Auseinandersetzung mit der „Gesundheit am Arbeitsplatz Gemeinde". Zuerst wird also der Gemeindebetrieb an sich fit gemacht, um dann in einem zweiten Schritt das Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung zu stärken und gesundheitsfördernde Lebensbedingungen in der Gemeinde zu schaffen.

Beim kritischen Blick hinter die eigenen Kulissen ist es das Ziel einerseits die Potenziale im Gemeindebetrieb in Sachen Gesundheit aufzuzeigen und andererseits das Bewusstsein der MitarbeiterInnen für den Gesundheitsbereich Ernährung, Bewegung und mentale Gesundheit zu wecken und zu stärken. Es sollen Verbesserungsmaßnahmen zur betrieblichen „Gesundheit am Arbeitsplatz" gesetzt sowie die MitarbeiterInnen durch verschiedene Maßnahmen zu verstärktem Gesundheitsbewusstsein in ihrem Alltag – privat wie auch beruflich – motiviert werden.

Dabei wird besonders darauf geachtet, gesundheitsschädigende Verhaltensweisen der Bediensteten positiv zu beeinflussen, gesundheitsförderliche Verhaltensweisen zu stärken und die Belastungen am Arbeitsplatz zu reduzieren. „Ein Erfolgsfaktor

Der erste Schritt in Richtung gesunde Gemeinde liegt in der internen Auseinandersetzung mit der „Gesundheit am Arbeitsplatz Gemeinde".

für gelungene Projekte ist der aktive Miteinbezug der betroffenen MitarbeiterInnen in Form von Gesundheitszirkeln. Sie bringen viele tolle Ideen und Impulse zur Verbesserung der Gesundheit am Arbeitsplatz ein." sagt die Projektleiterin Dr. Claudia Schrettl von DIE BERATERINNEN, die bereits erfolgreiche Gesundheitsprojekte in verschiedenen Branchen durchgeführt hat. In den Gesundheitszirkeln werden Arbeitsbelastungen und auch Potenziale aufgezeigt und mit den MitarbeiterInnen Lösungsvorschläge erarbeitet. Neben konkreten Gesundheitsprogrammen – wie z.B. klassische Trainings zu richtigem Stehen, Tragen, Sitzen, Raucherentwöhnung und Bewegungsprogramme – werden auch Vorschläge zur Verbesserung des Wohlbefindens am Arbeitsplatz, Optimierung der Arbeitsorganisation und des Arbeitsumfeldes und auch die Themen Zusammenarbeit im Team und Führungsverhalten umgesetzt.

Der Nutzen von gesundheitsfördernden Projekten liegt auf der Hand und ist für alle Beteiligten unmittelbar spürbar. Eine Steigerung des individuellen Wohlbefindens und die damit verbundene Steigerung der Arbeitszufriedenheit sind im Betrieb rasch spürbar. Dies fördert wiederum die Qualität der Dienstleistung der GemeindemitarbeiterInnen in allen Bereichen, vom Bauamt über die Verwaltungseinheiten bis hin zum gemeindeeigenen Kindergarten. MitarbeiterInnen haben weniger gesundheitliche Belastungen oder können besser damit umgehen, die Gemeinden als Arbeitgeber freuen sich über motivierte und produktive MitarbeiterInnen. Nicht zuletzt spürt das auch der Gemeindebürger, der die Dienstleistungen in Anspruch nimmt. Die Gesundheitsförderung ist also eine Maßnahme bei der alle zu den Gewinnern zählen – der Gemeindebetrieb, die MitarbeiterInnen und die Bevölkerung. Und noch dazu gibt es die Möglichkeit für die Co-Finanzierung solcher Gesundheitsprojekte Förderungsmittel beim Fonds Gesundes Österreich zu beantragen.

„Nutzen Sie als eine der ersten Tiroler Gemeinde dieses enorme Potential. Wir begleiten Sie professionell auf diesem Weg und stehen Ihnen mit unserem umfangreichen Netzwerk von ExpertInnen tatkräftig zur Seite" sagt Dr. Claudia Schrettl von DIE BERATERINNEN.

Die Beraterinnen
Sparkassenplatz 2/415
6020 Innsbruck
Tel. 0676 5168067
E-Mail: claudia.schrettl@dieberaterinnen.com

Risikomanagement für Gemeinden

Viele Katastrophenereignisse in der Vergangenheit und leider auch in der Gegenwart zeigen auf, wie wichtig es ist, sich als Gemeinde mit seiner kommunalen Infrastruktur auf etwaige Ereignisse vorzubereiten. Der Ausfall der Trinkwasserversorgung, der Stromausfall für mehrere Weiler im Gemeindegebiet, die Zerstörung von Zufahrtsstraßen – diese Beispiele verdeutlichen, dass mögliche Naturgefahrenereignisse wie Hochwasser, Muren oder Lawinen nicht nur Menschen gefährden können, sondern dass auch die sensible Infrastruktur der Gemeinde betroffen sein kann.

Das Motto „Agieren statt Reagieren" verdeutlicht die Denkweise des kommunalen Risikomanagements. Die relevanten Risiken zu erkennen, Einschätzungen über Auswirkung und Häufigkeit zu treffen, Maßnahmenpakete zu entwickeln und umzusetzen sind hierbei die praktischen Herausforderungen, wenn es darum geht, Risikomanagement in die Tat umzusetzen. Mit Hilfe eines innovativen Risikomanagementinstruments ist es möglich, diese Aufgaben einfach und strukturiert zu bewältigen. So wird Risikomanagement zu einem kontinuierlichen Prozess aus Risikoanalyse, Risikosteuerung und Risikoüberwachung und kann dabei flexibel an die spezifischen Anforderungen jeder Gemeinde angepasst werden.

Die Experten der Hypo Tirol Versicherungsmakler GmbH arbeiten eng mit alpS zusammen und sind die Ansprechpartner, wenn es um professionelles Risikomanagement geht.

Kontakt

HYPO TIROL Versicherungsmakler GmbH
Meraner Straße 8
6020 Innsbruck
Tel 050700

www.hypotirol.com

Thomas Gfrei
Tel 050700 2221
thomas.gfrei@hypotirol.com

HYPO TIROL BANK
Unsere Landesbank.

Abwasserbewirtschaftung: Geld für die Gemeinden wird knapp!

Wasser Tirol
Wasserdienstleistungs GmbH
Salurner Straße 6
6020 Innsbruck
Tel: 0512-209100
Fax: 0512-209100 1100

Labor
für Umweltanalytik
Akkreditierte Prüf- und Inspektionsstelle
Gewerbestraße 4
6430 Ötztal-Bahnhof
office@wassertirol.at
www.wassertirol.at

Der Abwasserverband „hat sich Investitionen in Millionenhöhe erspart“, veranschaulichte Otto Pallhuber, Geschäftsführer des AWV Vils-Reutte und Umgebung-Pfronten, anlässlich eines Kundenseminars der Wasser Tirol - Wasserdienstleistungs-GmbH in Ötztal-Bahnhof. Mit Hilfe des Expertenteams der Wasser Tirol war es möglich, eine Ausnahmebewilligungen zu Gunsten der 15 Gemeinden für nicht zielführende Vorschreibungen der Behörden zu erhalten, sagte Pallhuber.

Anhand fundierter Studien, in die auch ein EU-Forschungs- und ein INTERREG-Projekt eingebunden waren, wurde dem Abwasserverband Vils von der Wasserrechtsbehörde eine Ausnahmebewilligung von der behördlich vorgeschriebenen Nachbesserung der Kläranlage erteilt.

Foto: Abwasserverband Vils

Die Kläranlage in Vils: Der Abwasserverband hat sich dort zuletzt Millionen an Euro erspart.

Wasser Tirol-Geschäftsführer Dr. Ernst Fleischhacker bekräftigt, dass es vor dem Hintergrund der aktuellen Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in nationales Recht neue Bewilligungsbedingungen für die Anlagen gelten.

Der für dieses Projekt zuständige Prokurist DI Rupert Ebenbichler ergänzt, dass die EU-WRRL eine gesamthafte Einzugsgebietsbetrachtung vorsieht. Im Fall Vils wurde das Gesamtsystem von den Verursachern des Abwassers, über die Kanäle und die Kläranlage bis hin zum Vorfluter Vils untersucht.

Im Ergebnis konnte jedenfalls keinesfalls nachgewiesen werden, dass die von der Behörde vorgesehenen Nachbesserungsmaßnahmen an der Kläranlage keine positiven Auswirkungen auf den Gewässerzustand der Vils gehabt hätten.

Tiroler Landesgesetze und Verordnungen

Gesetz vom 16. Dezember 2010, mit dem das Gemeindebeamtengesetz 1970 geändert wird

Gesetz vom 16. Dezember 2010, mit dem das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz geändert wird (13. G-VBG-Novelle)

Verordnung des Landeshauptmannes vom 10. Februar 2011, mit der Ausnahmen vom Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen zugelassen werden

Personalia

Alt-Bgm. Konrad Neuhauser, Brandenberg	80
Alt-Bgm. Helmuth Ebner, Iselsberg-Stronach	75
Alt-Bgm. Karl Heel, Bach	90
Bgm. Josef Schindl, Baumkirchen	60
Bgm. Josef Auer, Radfeld	55
Bgm. Reinhard Knabl, Ried i. O.	60
Bgm. Hanspeter Wagner, Breitenwang	55
Alt-Bgm. Wilhelm Kuen, Längenfeld	70
Bgm. Rupert Hosp, St. Leonhard i. P.	65
Alt-Bgm. Reg.-Rat Rudolf Joham, Ampass	75
Alt-Bgm. Rupert Bachler, Aurach b. K.	90

Der Tiroler Gemeindeverband möchte alle Interessierten künftig auch via Newsletter über Aktivitäten, Initiativen und Veranstaltungen informieren. Interessierte senden bitte eine E-Mail an folgende Adresse:
tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:
Tiroler Gemeindeverband

Geschäftsführer des Medieninhabers: Dr. Helmut Ludwig

Anschrift: 6020 Innsbruck,
Adamgasse 7a
Tel. 0 512/58 71 30
Fax: 0 512/58 71 30 - 14
E-Mail:
tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at

Redaktionsleitung: Peter Leitner

Hersteller: Raggl Druck GmbH
Rossaugasse 1, 6020 Innsbruck

Erscheinungsweise:
Alle 2 Monate
Erscheinungsort: Innsbruck
Bezug: gratis

Offenlegung gem. § 25 MedG.
Medieninhaber:
Tiroler Gemeindeverband
Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck

Auch für den Radverkehr sind individuelle Konzepte sinnvoll

Sowohl in Österreich als auch international ist das Thema sanfte und nachhaltige Mobilität wichtig. Besonders der Radverkehr kann einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs leisten, denn nach wie vor sind ca. 25 Prozent aller Autofahrten kürzer als zwei Kilometer und fast jede zweite Autofahrt endet nach nicht einmal fünf Kilometern.

Radfahren ist gesund, billig (keine Benzinkosten, geringe Reparaturkosten), umweltfreundlich und emissionsfrei. Bei kurzen Wegen ist das Fahrrad oft das schnellste aller Verkehrsmittel, es braucht wenig Platz - sowohl auf der Straße als auch beim Parken. Viele Argumente also, die fürs Radfahren sprechen.

Bis 2050 ist in Tirol mit einem weiteren Bevölkerungs-Zuzug zu rechnen, was entsprechende Verkehrsmengen nach sich ziehen wird. Die Gemeinden sind daher aufgefordert, positiv lenkend auf die Verkehrsmittelwahl einzuwirken. Mit attraktiven Radverkehrskonzepten kann es gelingen, den Radverkehrsanteil zu erhöhen und so auch die Staus und den motorisierten Individualverkehr in Grenzen zu halten.

Konzepte für den Radverkehr

Für die nachhaltige Förderung des Radverkehrs auf allen Ebenen ist es wesentlich, dass sich Gemeinden intensiv mit dem Thema Radverkehr beschäftigen. Die erfolgreiche Planung und Förderung des Radverkehrs bedingt die Festlegung strategischer Leitlinien. Dies erfolgt in einem umfassenden Radverkehrskonzept auf Gemeindeebene, das unter Berücksichtigung der Verkehrssicherheit anhand von festgelegten Zielen, Handlungsschwerpunkten und konkreten Maßnahmen die Grundlage für die zukünftige Entwicklung des Radverkehrs in der Gemeinde darstellt.

Mit der Erstellung von Radverkehrskonzepten für Tiroler Gemeinden durch das KFV soll der Radverkehr in Tirol nachhaltig gefördert werden und die Sicherheit für die Radfahrer erhöht werden.

Die Bedürfnisse des Alltags- und Freizeitradverkehrs werden gleichermaßen berücksichtigt. Das KFV bietet unterschiedliche Module für die jeweiligen Bedürfnisse der Gemeinde an.

Tiroler Gemeinden können bei der Erstellung von Radverkehrskonzepten Förderungen durch das Land Tirol lukrieren. Auskunft darüber erhalten sie beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Verkehrsplanung, DI Mag. Ekkehard Allinger, unter 0512 508 4090.

Kuratorium für Verkehrssicherheit
Ing. Mag. Norbert Blaha
Südtirolerplatz 4
6020 Innsbruck
Tel. 0577077-2710
E-Mail: norbert.blaha@kfv.at

tiroler
wasser
kraft

frische *Energie* für unser Land!

TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG

Startschuss für Ziviltechniker, als der Kaiser kein Geld hatte

Die Kassen sind leer 1860, die Staatsorgane angehalten, die öffentliche Hand zu entlasten. Daher soll der Staatsbaudienst nur noch diejenigen Aufgaben erfüllen, die den Staat unmittelbar betreffen. Alle anderen Bereiche sollen privatwirtschaftlich abgedeckt werden. Am 8. Dezember 1860 erlässt der Kaiser im „Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaisterthum Österreich“ eine entsprechende Verordnung.

Bauherrenpreis der Zentralvereinigung der Architektinnen und Architekten 2009: Das Musikprobelokal-Schützenheim mit Veranstaltungsplatz Natters.

Grundstein für Beruf gelegt

Mit dieser war der Grundstein für die Berufssparte der freiberuflichen Ingenieure gelegt. Innerhalb der EU stellen die österreichischen, „staatlich befugten und beeideten“ Ziviltechniker heute insofern ein Unikum dar, als sie mit dem besonderen Privileg ausgestattet wurden, in ihrem jeweiligen Fachbereich öffentliche Urkunden auszustellen. Ein erhaltenswertes aber gefährdetes Privileg wie die Vertreter der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Tirol und Vorarlberg anlässlich des 150-Jahr-Jubiläums des Berufsstandes betonen.

Innerhalb der EU stellen die österreichischen „staatlich befugten und beeideten“ Ziviltechniker heute insofern ein Unikum dar, als sie mit dem besonderen Privileg ausgestattet wurden, in ihrem jeweiligen Fachbereich öffentliche Urkunden auszustellen.

Seit 150 Jahren prägen Ziviltechniker nachhaltig sowohl die technischen Entwicklungen als auch die Gestaltung der Lebensräume in Österreich mit, und das mit außerordentlich hohem Verantwortungsgefühl und fachlichem Niveau. Ziviltechniker treten als Planer ebenso auf wie als Berater und Gutachter, als Aufsichts- und Überwachungsorgane oder Treuhänder. Zudem haben sie die Berechtigung, ihre Auftraggeber vor Behörden und öffentlichen Einrichtungen zu vertreten. „Während die Befugnisse der Architekten allgemein bekannt sind, ist die Sparte Ingenieurkonsulenten sehr breit gefächert. Sie umfasst über 30 Berufe, rund 150, wenn man die Ausbildung an den Fachhochschulen dazu nimmt“, erklärt Alfred Brunnsteiner, Präsident der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Tirol und Vorarlberg. Während die Leistung der Architekten in der Öffentlichkeit eine immer größere Wertschätzung erfährt, wird die nicht minder bedeutende der Ingenieurkonsulenten oft kaum wahrgenommen. „Die enormen Leistungen der Ingenieurkonsulenten mehr ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken, ist sicher notwendig und gut“, erklärt Bruno Bauer, Vorsitzender der Sektion Ingenieurkonsulenten. Leider mangelt es an Nachwuchs, wohl auch, weil das breit gefächerte Berufsfeld zu wenig öffentliche Aufmerksamkeit erhält. Dabei ist diese Sparte ebenso zukunftsträchtig, vielseitig und nachhaltig gestaltend wie die des Architekten. „Insgesamt geht es darum, sowohl den Beruf des Architekten und den Beruf des Ingenieurkonsulenten verstärkt zu positionieren“, so Hanno Vogl-Fernheim, Vorsitzender der Sektion Architekten.

Verantwortung seit Kaiserzeit

Das 150-Jahr-Jubiläum wurde daher für eine Reihe von Aktivitäten genutzt, welche die wichtige Funktion, die große Verantwortung des staatlich befugten und beeideten Ziviltechnikers aufzeigt. Eine Verantwortung, die er seit der kaiserlichen Verordnung 1860 erfüllt.

„Hefte helfen“ – Seit 2008 ein einzigartiges Hilfsprojekt

Im Jahr 2008 startete das einmalige Fundraising-Projekt „Hefte helfen“ zu Gunsten der Österreichischen Kinder-Krebs-Hilfe. „Schon nach zwei Jahren betrug die Gesamtspendensumme 25.000 Euro“, zeigt sich Projektleiter Thomas Muhr begeistert.

Die Idee ist einfach. Die Schulen decken Ihren Schulheftbedarf über „Hefte helfen“ und unterstützen damit krebskranke Kinder mit 5 Cent pro Heft.

Aber „Hefte helfen“ hilft nicht nur, sondern bringt auch Kreativität in den Schulalltag. Die Schulhefte sind unverwechselbar. Sie werden nämlich von den Schülern selbst gestaltet. „Jedes Schulheft ist ein kleines Kunstwerk“, so Thomas Muhr. „Sie machen die Schule einfach bunter!“

„Hefte helfen“ nimmt seine Vorbildwirkung für alle Schülerinnen und Schüler wahr. Mit dem CSR-Programm „think!“ übernimmt „Hefte helfen“ umfassend gesellschaftliche Verantwortung. Als Mitglied des Österreichischen Netzwerk Wirtschaftsethik – OENWE und Trägerorganisation des TRIGOS, der Auszeichnung für Unternehmen mit Verantwortung sorgt „Hefte helfen“ für faire Produktions- und Arbeitsbedingungen.

Zudem ist „Hefte helfen“ mit dem Öko Business Plan ausgezeichneter Climate Partner und garantiert allen Schulen 100 Prozent Klimaneutralität und nachhaltigen Schutz unserer Umwelt.

„Schwerkranken Kindern helfen, die Schulen bunter zu machen und Schülern Vorbild sein“, so Thomas Muhr.

Hefte helfen
Tel. 01 879 0736
E-Mail: office@heftehelfen.at
Internet: www.heftehelfen.at

Die Versicherung einer neuen Generation

Individuelle Lösungen für individuelle Bedürfnisse – UNIQA, Ihr Gemeindepartner!

Einen verlässlichen Partner für alle Versicherungsfragen zu haben, ist für Gemeinden besonders wichtig. Versichern ist Vertrauenssache. Das wissen auch Österreichs Gemeinden. Rund zwei Drittel von Ihnen sind bereits UNIQA Kunden.

Versicherungslösungen nach Maß

Persönliche Beratung steht bei UNIQA an erster Stelle. Davon können sich die Besucher des 58. Österreichischen Gemeindetages am 9. und 10. Juni in Kitzbühel überzeugen. UNIQA bietet maßgeschneiderte Versicherungslösungen je nach den Bedürfnissen der jeweiligen Gemeinde.

Rundum abgesichert mit UNIQA

Von der Rechtsschutzversicherung über die Haftpflicht-Vollrisikodeckung bis hin zur Betrieb & Planen Betriebsbündelversicherung für die Sachwerte der Gemeinde – mit UNIQA sind Gemeinden gegen die Folgen unliebsamer Ereignisse gewappnet. Auch für die Gemeindebediensteten bietet UNIQA attraktive Vorsorgelösungen im Rahmen der Betrieblichen Altersvorsorge.

Bekenntnis zur Qualität

Mit der UNIQA ErfolgsPartnerschaft profitieren Gemeinden nicht nur von innovativen Produkten, sondern auch von Zusatzleistungen und Vorteilen, die weit über den reinen Versicherungsschutz hinausgehen. Mehr dazu auf www.uniqa.at.

UNIQA Versicherungen AG
Untere Donaustraße 21, 1029 Wien
Tel.: +43 1 21175-0, E-Mail: Info@uniqa.at

Sich selbst übertreffen ... mit Office 2010

Kufgem-EDV bietet spezielle Anwender-Schulungen an

Microsoft Office 2010 bietet neue Funktionen, mit denen Ideen verwirklicht und blitzschnell Dokumente, Tabellen und Präsentationen erstellt werden können.

Verbesserte, bedienungsfreundliche Werkzeuge, kundenspezifische Vorlagen sowie Video- und Fotobearbeitungsfunktionen helfen den Microsoft-Anwender, schnell wirkungsvolle Arbeiten zu erstellen. Aber nicht nur Office 2010 passt sich optimal an. Auch das Office-Kursangebot von Kufgem ist ganz auf die Bedürfnisse der Anwender zugeschnitten.

Für Umsteiger von Office 2007 auf 2010 - also jene, die mit der Multifunktionsleiste schon vertraut sind - gibt es spezielle Halbtageskurse, die sich nur auf die Neuerungen in der Office10-Welt konzentrieren.

Ist das Wissen noch nicht so fundiert, bieten die zweitägigen Office-Kurse ausreichend Zeit, die vielfältigen Funktionen zu erlernen. Zwischen dem ersten und zweiten Kurstag liegen zwei Wochen Pause. So haben alle Teilnehmer ausreichend Zeit, die Kursinhalte des ersten Tages auszuprobieren und zu üben.

Am zweiten Kurstag können Fragen und Unklarheiten noch einmal durchbesprochen und auch gemeinsam Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Neben Word, Excel und Outlook bietet dieser Kurs auch die Zusatzeinheiten „Zeitmanagement“ und „Information Design“.

Um das Angebot abzurunden, bietet Kufgem zu Word, Excel, Outlook und PowerPoint auch eintägige Grundlagen- und Fortgeschrittenenkurse an.

Neben Kufstein, Innsbruck und Henndorf können auch individuelle Schulungen vor Ort durchgeführt werden. So oder anders - in jedem Fall stehen bei den Kursen PC's oder Notebooks zur Verfügung, damit die einzelnen Funktionen auch gleich ausprobiert werden können.

Nähere Informationen und Anmeldung unter http://kurs.kufgem.at beziehungsweise telefonisch unter der Nummer 05372-6902-0.

Auch das Office-Kursangebot von Kufgem ist ganz auf die Bedürfnisse der Anwender zugeschnitten.

Die Schulungsräume in Kufstein und Innsbruck wurden in den vergangenen Monaten auf Vordermann gebracht. Sie wurden nicht nur mit neuer Schulungshardware ausgestattet, auch das Mobiliar wurde in Kufstein rundum erneuert.

Kufgem-EDV Gesellschaft m.b.H.
Fischergries 2
6330 Kufstein
Tel. 05372 6902
Fax 05372 6902 677
info@kufgem.at
www.kufgem.at

kufgem